W-04-1003-2 Zum Besseren. Neues Wachstum für unser Land.

Antragsteller*in: BAG Wirtschaft und Finanzen
Beschlussdatum: 09.11.2026

Änderungsantrag zu W-04

Von Zeile 1003 bis 1005:

- Wir streben eine einheitliche Alterssicherung für alle ~~Erwerbstätigen~~ an. ~~Daher unterstützen wir,~~ Ziel ist eine Rentenversicherung, in die alle Menschen einzahlen. Wir wollen zudem sicherstellen, dass auch andere Einkommensarten wie Kapitalerträge, Mieteinnahmen etc. zur Finanzierung beitragen — nicht nur Löhne und Gehälter. Wir unterstützen, dass weitere Berufsgruppen wie Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie der Landesparlamente, Beamte, Vorstände von

Begründung

Der BAG-Beschluss zur Rente vom 2. Juli 2026 setzt auf ein Rentensystem für alle. Heute zahlen rund zwei Millionen Beamt*innen, knapp vier Millionen Selbstständige und viele Angehörige freier Berufe nicht oder in Parallelsysteme ein. Das erschwert den Wechsel zwischen Jobs, schafft Ungerechtigkeiten und schwächt die Umlage, denn die meisten Sondersysteme stehen vor denselben demografischen Problemen. Ein gemeinsames System ist stabiler, gerechter und einfacher. Bestehende Ansprüche bleiben dabei vollständig erhalten.

Der Beschluss geht über die Vorlage hinaus: Nicht nur alle Erwerbstätigen, sondern alle Menschen sollen einzahlen, ggf. auch aus Kapitalerträgen und Mieteinnahmen. Denn auch diese Einkommen können im Alter wegfallen und sollen mit abgesichert werden. Wer darauf Beiträge zahlt, erwirbt eigene Ansprüche. Damit setzt der Änderungsantrag einen Grundsatz um, den die Vorlage selbst formuliert: die Steuer- und Abgabenlast schrittweise von Arbeit hin zu sehr großen Vermögen, Erbschaften und leistungslosen Gewinnen zu verlagern (Zeilen 693 bis 695). Solange nur Löhne Beiträge tragen, trägt die Arbeit die demografische Last allein.